

# **Damit aus Rohstoffpartnerschaften keine Leidensgemeinschaften werden – Forderungen an die Bundesregierung**

## **Forderungen der Zivilgesellschaft**

Der AK Rohstoffe lehnt die einseitige Ausrichtung der bisherigen Rohstoffpartnerschaften auf die Interessen der deutschen Industrie zur Rohstoffsicherung ab. In ihrer jetzigen Form sind diese „Partnerschaften“ nicht dazu in der Lage, auf die Herausforderungen eines insgesamt zu hohen Rohstoffkonsums und einer menschenrechtlich und umweltrechtlich problematischen Rohstoffgewinnung angemessen zu reagieren. Im Gegenteil, die Rohstoffpartnerschaften leisten einen Beitrag zu vermehrtem Rohstoffabbau und gefährden somit Mensch und Umwelt in den Abbauregionen. Der AK Rohstoffe fordert daher:

1. Generelle Neuorientierung der deutschen Rohstoffstrategie und in diesem Rahmen auch der Rohstoffpartnerschaften in Richtung einer demokratischen und global gerechten Rohstoffpolitik<sup>1</sup>;
2. Transparente Verhandlungen und Arbeit der Regierungsarbeitsgruppen unter Einbezug der Zivilgesellschaften der Partnerländer und Deutschlands. Dazu gehört die Veröffentlichung der Texte der Rohstoffpartnerschaften vor der endgültigen Unterzeichnung, damit diese in den Parlamenten diskutiert werden können. Anmerkungen von Parlamentarier/innen und der Zivilgesellschaft sollen in dem Vertragstext berücksichtigt werden;
3. Menschenrechtliche Folgeabschätzung vor Unterzeichnung einer Rohstoffpartnerschaft und während der Laufzeit des Abkommens;
4. Einführung von Mechanismen zum Monitoring der menschenrechtlichen Auswirkungen des Engagements deutscher Firmen im Rohstoffsektor;
5. Kopplung jeglicher staatlichen Förderung deutscher Wirtschaftsaktivitäten im Rahmen der Rohstoffpartnerschaft an die verbindliche Einhaltung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte sowie an ein Höchstmaß menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten;
6. Einrichtung eines leicht zugänglichen Beschwerdemechanismus in Deutschland für mögliche Betroffene von Menschenrechtsverletzungen durch deutsche Unternehmen, die im Ausland tätig sind;
7. Unterstützung im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit durch die Bundesregierung für die Partnerschaftsländer bei der Umsetzung von Mitbestimmungsrechten der lokalen Bevölkerung und insbesondere dem Recht auf freie, vorherige und informierte Zustimmung indigener Völker.

## **Hintergrund Rohstoffpartnerschaften**

Rohstoffpartnerschaften sind ein Element der Rohstoffstrategie der Bundesregierung, die im Oktober 2010 vom Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) präsentiert wurde. Die industriepolitische Strategie soll eine nachhaltige Rohstoffversorgung Deutschlands garantieren. „Durch Verknüpfung developmentspolitischer Ziele mit konkreten unternehmerischen Rohstoffpartnerschaften“<sup>2</sup> sollen Effekte zum gegenseitigen, wirtschaftlichen Nutzen erzielt werden. Im Zentrum des völkerrechtsverbindlichen Abkommens stehen die langfristige Absicherung der deutschen Industrie mit Rohstoffen und die Öffnung neuer Investitionsmöglichkeiten in den Partnerländern. Die Zusammenarbeit im Rohstoff-, Industrie- und Technologiebereich soll verstärkt werden und zur Diversifizierung und Modernisierung der deutschen Wirtschaft sowie der Wirtschaft des jeweiligen Partnerlandes beitragen.

Die Rohstoffpartnerschaften sollen industriepolitische, außenwirtschafts- und developmentspolitische Zielsetzungen miteinander verzahnen. Diese Ziele lauten wie folgt: die Partnerschaften leisten einen Beitrag zur Modernisierung des Rohstoffsektors und helfen Investitionsrückstau zu beheben; sie geben Möglichkeiten zur Ansiedlung einer weiterverarbeitenden Industrie im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung; sie schaffen neue Arbeitsplätze im Rohstoffsektor; sie unterstützen die Ausbildung von

---

<sup>1</sup> [http://alternative-rohstoffwoche.de/wp-content/uploads/2014/03/forderungspapier\\_web-1110-2013.pdf](http://alternative-rohstoffwoche.de/wp-content/uploads/2014/03/forderungspapier_web-1110-2013.pdf)

<sup>2</sup> BMWi (2010): Rohstoffstrategie der Bundesregierung, S.23

Personal; sie bieten Hilfestellung zur systematischen Erschließung neuer Lagerstätten; sie etablieren Transparenz von Finanzströmen und Handelsketten; sie helfen bei der Einführung einer wirksamen Finanz- und Fiskalpolitik, die den starken Preisschwankungen auf den Rohstoffmärkten Rechnung trägt; sie unterstützen die Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards und die Verbesserung rechtlicher Rahmenbedingungen; sie ermöglichen Wissenstransfer durch wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit.<sup>3</sup>

Das Abkommen mit Peru ist nach der Mongolei (13. Oktober 2011) und Kasachstan (8. Februar 2012) die dritte Rohstoffpartnerschaft (Juli 2014). Ein ähnliches Abkommen wurde mit Chile (26. Januar 2013) abgeschlossen.<sup>4</sup> Die Auswahl der Länder basiert auf einer Studie der Deutschen Rohstoffagentur über Staaten, die für die Rohstoffversorgung Deutschlands (potentiell) wichtig sind.<sup>5</sup> Gerade das Abkommen mit Peru stand in der öffentlichen Kritik, da es zur Verstärkung der schon bestehenden Konflikte in den Abbaugebieten beitragen könnte.<sup>6</sup> Es setzt aus Sicht des AK Rohstoffe an die peruanische Regierung die falschen Signale zu einem Zeitpunkt, an dem die peruanische Regierung Umweltstandards massiv aushöhlt und ausländischen Investoren weitgehende Rechte zuspricht.<sup>7</sup> Alle bisherigen Rohstoffpartnerschaften wurden zudem intransparent hinter verschlossenen Türen verhandelt. Weder die jeweiligen Parlamente noch zivilgesellschaftliche Organisationen in Deutschland oder den Partnerländern wurden frühzeitig in die Verhandlungen zu den Rohstoffpartnerschaften einbezogen.

Auch wenn es sich um ein von der Politik angestoßenes und erdachtes Instrument handelt, begrüßt der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) dieses Instrument der Außenwirtschaftsförderung ausdrücklich. So sagt Mathias Wachter, Leiter der BDI-Abteilung für Sicherheit und Rohstoffe: „Bei den Rohstoffpartnerschaften setzt der BDI vor allem auf Win-Win-Strategien mit den einzelnen Lieferländern. Uns kommt es wesentlich darauf an, relevantes Mining Know How und internationale Standards bei den Arbeitsbedingungen zu exportieren, um die Entwicklungschancen der Lieferländer zu verbessern.“<sup>8</sup>

### **Kritik an den Rohstoffpartnerschaften**

Dass es zu diesen Entwicklungschancen kommt, bezweifeln die Organisationen im AK Rohstoffe. Durch die Abkommen werden die Partnerländer auf ihre Rolle als Rohstofflieferant festgeschrieben. Die traditionelle Arbeitsteilung zwischen Industrie- und Schwellenländern einerseits und rohstoffliefernden Ländern andererseits wird weiter verfestigt. Eine weitere Wertschöpfung in den Partnerländern findet nicht statt. Im Gegenteil, durch die handelspolitischen Maßnahmen zur Rohstoffsicherung werden Signale zum verstärkten Abbau von Rohstoffen gesetzt, die dann zu einer größeren Anzahl an Konflikten, Menschenrechtsverletzungen und Umweltproblemen führen können.

In den alten Vertragstexten mit Kasachstan und der Mongolei blieben Menschenrechte gänzlich unerwähnt. In dem Abkommen mit Peru beziehen sich beide Partner auf die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte, ohne dies konkreter auszuformulieren. In allen Abkommen mangelt es zudem an konkreten Kontroll- und Sanktionsmechanismen für die Umsetzung von Umwelt- und Sozialstandards. Ebenfalls unerwähnt bleibt, wie das Prinzip der freien, vorherigen und informierten Zustimmung (FPIC) indigener Völker zu Rohstoffprojekten in ihren Territorien umgesetzt werden wird. Ohnehin ist es äußerst fragwürdig, dass die Bundesregierung Rohstoffpartnerschaften mit Ländern abschließt, in denen

---

<sup>3</sup> Ebd., S. 24

<sup>4</sup> Es heißt: „Gemeinsame Erklärung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Chile zur Zusammenarbeit im Bereich Bergbau und mineralische Rohstoffe“

<sup>5</sup> Deutsche Rohstoffagentur (2010): Rohstoffwirtschaftliche Bewertung der Länder Afrikas, Asiens, der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) mit Georgien und Südamerikas im Hinblick auf die Bedeutung für Deutschland

<sup>6</sup> U.a. Germanwatch / Misereor (2014): Globales Wirtschaften und Menschenrechte - Deutschland auf dem Prüfstand (zur Umsetzung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte in der BRD)

<sup>7</sup> Environmental Investigation Agency (2014): Environmental Rollbacks in Peru Threaten Obligations under U.S.-Peru Free Trade Agreement, <http://eia-global.org/news-media/environmental-rollbacks-in-peru-threaten-obligations-under-u.s.-peru-free-t>

<sup>8</sup> [http://www.misereor.de/fileadmin/redaktion/buttons/Konferenzzeitung\\_Rohstoffe\\_\\_\\_sicher\\_und\\_fair.pdf](http://www.misereor.de/fileadmin/redaktion/buttons/Konferenzzeitung_Rohstoffe___sicher_und_fair.pdf)

Repressionen, tödliche Gewalt gegen Demonstrant/-innen, Folter sowie Straflosigkeit bei Menschenrechtsverletzungen zu beklagen sind.<sup>9</sup>

Es fehlen generell Maßnahmen und Instrumente, die sicherstellen, dass im Zuge der von der Bundesregierung geförderten Aktivitäten im Rohstoffsektor dieser Länder keine Menschenrechtsverletzungen begangen werden. Die große Diskrepanz zwischen umfassendem internationalem Investorenschutz einerseits und dem nach wie vor sehr lückenhaftem Schutz von Menschenrechten andererseits, wird in den Rohstoffpartnerschaften nicht adressiert. Denn während die Bundesregierung deutschen Unternehmen staatliche Garantien für Exportkredite, Investitionen und Ungebundene Finanzkredite anbietet, koppelt sie diese Förderung nicht an die Einhaltung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten. Keines der Instrumente der Außenwirtschaftsförderung unterliegt einer systematischen Kontrolle bezüglich der möglichen menschenrechtlichen Auswirkungen. Damit riskiert die Bundesregierung menschenrechtlich problematische Außenwirtschaftsaktivitäten staatlich zu fördern.

Auch Wissenschaft und Industrie kritisieren die Abkommen, aus anderen Gründen. So weist die Stiftung Wissenschaft und Politik darauf hin, dass Rohstoffpartnerschaften nicht ausreichen „um die Verwundbarkeit der deutschen Wirtschaft gegenüber Lieferengpässen spürbar zu reduzieren“.<sup>10</sup> Die erhoffte Versorgungssicherheit für die deutsche Wirtschaft ist bisher nicht eingetreten. So existieren kaum langfristige Lieferverträge oder Joint Ventures unter Beteiligung der deutschen Industrie, die aufgrund bilateraler Rohstoffpartnerschaften abgeschlossen wurden. Eine Ursache dafür ist sicherlich, dass mit Ausnahme von Chile und dem staatseigenen Konzern CODELCO die bisherigen Partnerländer über keine eigenen großen Rohstoffkonzerne verfügen und somit weder über Abnehmer der Rohstoffe entscheiden können, noch Versorgungsgarantie geben können.

Daher fordert Rüdiger Schwarz, Vorsitzender einer Landeskommision „Rohstoffe“ im deutschen Wirtschaftsrat, die Auswahl neuer Partnerländer auf der Grundlage eines „breiteren Dialogs zwischen Politik, Ministerien und Wirtschaft auf der Basis eines nachvollziehbaren Kriterienkatalogs“.<sup>11</sup> Die Bundesregierung hält dagegen: „Welche praktische Relevanz die Rohstoffpartnerschaft mit Peru entwickeln wird, wird sehr vom Engagement der Unternehmen selbst abhängen“, so Reinhard Krause, Ministerialrat im Referat "Internationale Rohstoffpolitik" im BMWI in einem Gespräch im März 2014.

## **Impressum / Herausgeber:**

### **AK Rohstoffe**

Der AK Rohstoffe ist ein Netzwerk deutscher Nichtregierungsorganisationen, die sich für Menschenrechte, soziale Standards und Umweltschutz einsetzen. Das Netzwerk existiert seit 2008. Zuletzt veröffentlichte der AK Rohstoffe im September 2013 Handlungsempfehlungen an die Bundesregierung und den Bundestag unter dem Titel „Für eine demokratische und global gerechte Rohstoffpolitik“ sowie im März 2014 an die europäische Politik unter dem Titel: „Für eine umfassende EU-Initiative zur Vermeidung von Konflikten beim Rohstoffabbau“. Im Oktober 2013 veranstaltete das Netzwerk die *1. Alternative Rohstoffwoche*, um auf die Auswirkungen des deutschen Rohstoffkonsums auf Mensch und Umwelt im globalen Süden hinzuweisen. Auf <http://alternative-rohstoffwoche.de> finden Sie weitere Informationen und unseren Newsletter.

#### **Kontakt:**

AK Rohstoffe  
Michael Reckordt  
Michael.Reckordt@power-shift.de  
++49 (0)30 428 05 479

#### **Anschrift:**

AK Rohstoffe  
c/o PowerShift  
Greifswalder Straße 4  
10405 Berlin / Germany

<sup>9</sup> U.a. Misereor (2013): Menschenrechtliche Probleme im peruanischen Rohstoffsektor und die deutsche Mitverantwortung

<sup>10</sup> Dahlmann, Antje und Stormy-Annika Mildner (2012): Rohstoffpartnerschaften: Kein Garant für Versorgungssicherheit und Entwicklung

<sup>11</sup> Schwarz, Rüdiger (2012): Deutschlands Rohstoffpartnerschaften; In: WeltTrends #87